

Einwohnerrat

Sitzung vom Donnerstag, 24. Januar 2013, 19.00 Uhr, Rathaus Wettingen

Vorsitz: Marco Kaufmann, Präsident

Anwesend: Mitglieder des Einwohnerrates: 47
Mitglieder des Gemeinderates: 7

Entschuldigt
abwesend: Holger Czerwenka
Tobias Mittner
Bernadette Müller
Philipp Bürgler (ab 19.10 Uhr anwesend)
Thomas Sigrist, Präsident Schulpflege

- Traktanden:
1. Protokoll der Sitzung vom 13. Dezember 2012
 2. Ersatzwahl von Konezciny Isabel als Mitglied des Wahlbüros für den Rest der Amtsperiode 2010 / 2013 (anstelle des zurückgetretenen Huggenberger Jonas)
 - 3.1 Einbürgerung; Schnell Deise, geb. 1973, brasilianische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Zentralstrasse 137
 - 3.2 Einbürgerung; Vescio Gabriella, geb. 1967, Nozzi Alessandro, geb. 2000, und Nozzi Aurora, geb. 2004, alle italienische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Lindenhof 18
 4. Inpflichtnahme von Bürgler Philipp (anstelle des zurückgetretenen Würmli Reto)
 5. Kreditbegehren von Fr. 594'000.00 inkl. MwSt. für die Überarbeitung des Projekts betreffend Sanierung des Sport- und Erholungszentrums Tägerhard
 6. Kreditantrag von Fr. 1'241'700.00 für die Werkleitungs- und Strassen-sanierung der Freistrasse
 7. Motion Fraktion SP / Wettigrünen vom 6. September 2012 betreffend Vorinformation bei der Behandlung von Vorstössen; Ablehnung und Entgegennahme als Postulat
 8. Postulat Suter Helen, EVP, vom 24. Mai 2012 betreffend kreatives Kulturhaus in Wettingen; Ablehnung
 9. Interpellation Wetzel Joseph vom 28. Juni 2012 betreffend Überwachung der Überstunden- und Feriensaldi in der Verwaltung; Beantwortung

0. Mitteilungen

0.1 Freundschafts-Eishockeymatch

Am 10. Januar 2013 hat der Freundschafts-Eishockeymatch Wettingen-Spreitenbach stattgefunden. Mit grossem Einsatz hat Wettingen den Match mit 12 : 9 Toren gewonnen und den Pokal verteidigt. Der Einwohnerratspräsident bedankt sich bei allen Teilnehmern und den zahlreichen Fans für den schönen Abend auf dem Eis, trotz des regnerischen Wetters. Einen besonderen Dank spricht er Robin Bauer aus. Er war für die perfekte Organisation verantwortlich.

0.2 Rechtskraft

Die Beschlüsse des Einwohnerrates vom 13. Dezember 2012, welche dem fakultativen Referendum unterstanden, sind in Rechtskraft erwachsen.

0.3 Neueingänge

0.3a Interpellation Neuenschwander Patrick, SP, vom 24. Januar 2013 bezüglich Auswirkungen Umsetzung Stärkung Volksschule

Unter den gegebenen Umständen aufgrund des bereits heute knappen Schulraumes stellte sich der Wettinger Schule zweifellos die schwierige Aufgabe, ein geeignetes Vorgehen für die Umsetzung des Volkssentscheides zur Stärkung der Volksschule im Kanton Aargau auszuwählen. Verschiedene Szenarien haben sich mit jeweiligen Vor- und Nachteilen aus unterschiedlichen Perspektiven angeboten.

Anfangs November hat die Schulpflege die Eltern der Wettinger Schülerinnen und Schüler nun mit einem Schreiben über die Umsetzung und deren konkrete Bedeutung für die Schule Wettingen informiert. Dies hat verständlicherweise bei Eltern Unsicherheiten und Fragen hervorgebracht.

Ohne den Grundentscheid der Schulpflege in Frage zu stellen, wird der Gemeinderat aufgefordert, folgende Fragen zu beantworten:

1. Erfahrungsgemäss ist der Mittagstisch im Altenburg sehr gut besucht. Mit dem Entscheid, die zukünftig 5. + 6. Klassen zentral zu unterrichten, ist davon auszugehen, dass aufgrund der Distanz noch mehr Kinder aus dem Schulkreis Altenburg einen Mittagstisch besuchen wollen. Wie bereitet sich die Gemeinde darauf vor, damit in den Übergangsjahren 2014 – 2016 beim Margeläcker und ab Schuljahr 2016/2017 beim Zehntenhof ausreichend Mittagstischplätze vorhanden sind?
2. Mit dem zentralen Standort der 5. + 6. Klassen werden die Schülerinnen und Schüler ein Jahr früher wie bisher deutlich längere Schulwege auf sich nehmen müssen. Dabei müssen verschiedene Hauptverkehrsachsen überquert werden, namentlich die Land-, Zentral- und Alberich Zwysigstrasse. Welche technischen, personellen oder anderweitigen Massnahmen sieht die Gemeinde vor, damit der Schulweg zum Schulstandort der 5. + 6. Klassen aus ganz Wettingen sicher zu bewältigen ist?

0.3b Interpellation Schmidmeister Lea, SP, vom 24. Januar 2013 betreffend Erhalt/Förderung von bezahlbarem Wohnraum

Laut dem Sozialbericht des Kanton Aargau von 2012 weist die Region Baden die höchsten Mietpreise auf. Die Mieten im untersten Preissegment sind gegenüber 2000 real um 9 % bis 15 % gestiegen. Für Familien, Mittelstand und Unterschichten wird es immer schwieriger in Agglomerationsgemeinden, so auch in Wettingen, eine zahlbare Wohnung zu finden.

Ich bitte den Gemeinderat folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie gestaltet sich die Mietpreisentwicklung in der Gemeinde Wettingen in den letzten 10 Jahren?
2. Welche Prognosen bezüglich Mietpreisentwicklung bestehen für die nächsten 5-10 Jahre?
3. Welche Massnahmen unternimmt Wettingen, um Wohnraum im mittleren und unteren Preissegment anzubieten?
4. In welchem Preissegment befinden sich der gemeindeeigene Wohnraum?
5. Wer bietet ausser der GGW und der Stiftung für Gemeindeangestellte und Lehrerwohnungen in der Gemeinde günstigen Wohnraum an?
6. Wie arbeitet die Gemeinde Wettingen mit der GGW zusammen, wie ist die Unterstützung seitens der Gemeinde konkret?
7. Wie viele Wohnungen bietet die Stiftung für Gemeindeangestellte- und Lehrerwohnungen an und wie arbeitet die Gemeinde Wettingen mit der genannten Stiftung zusammen? Wie unterstützt die Gemeinde die Stiftung konkret?

0.3c Kleine Anfrage von Läng Hanna, EVP, vom 24. Januar 2013 betreffend "Integration von IV-Bezügern auf Grund der IV-Revision"

Mit der IV-Revision 6a wurde die Invalidenversicherung seit Anfang 2012 verpflichtet, IV- Bezüger zu integrieren. Gleichzeitig verlor eine stattliche Anzahl von Rentnern nach neuem Gesetz den Anspruch auf eine Rente (Schmerz- und Schleuderpatienten).

- Was unternimmt die Gemeinde als Arbeitgeberin in Bezug auf die Wiedereingliederung von IV- Renten?
- Wie viele Menschen sind in der Gemeinde Wettingen von einer Rentenstreichung betroffen?
- Wie viele konnten in den Arbeitsprozess eingeführt werden?
- Wie viele wurden dadurch zu Sozialhilfebezügern?

1. Protokoll der Sitzung vom 13. Dezember 2012

Das Protokoll wird genehmigt und dem Verfasser verdankt.

2. Ersatzwahl von Konezciny Isabel als Mitglied des Wahlbüros für den Rest der Amtsperiode 2010 / 2013 (anstelle des zurückgetretenen Huggenberger Jonas)

Esther Elsener befindet sich im Ausstand.

Einstimmig fasst der Einwohnerrat in offener Abstimmung folgenden Beschluss:

Beschluss des Einwohnerrates

Isabel Konezciny wird für den Rest der Amtsperiode 2010/2013 als Mitglied des Wahlbüros gewählt.

3.1 Einbürgerung; Schnell Deise, geb. 1973, brasilianische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Zentralstrasse 137

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 42 : 0 Stimmen, bei 4 Enthaltungen, zugesichert.

3.2 Einbürgerung; Vescio Gabriella, geb. 1967, Nozzi Alessandro, geb. 2000, und Nozzi Aurora, geb. 2004, alle italienische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Lindenhof 18

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 42 : 0 Stimmen, bei 4 Enthaltungen, zugesichert.

4. Inpflichtnahme von Bürgler Philipp (anstelle des zurückgetretenen Würmli Reto)

Der Präsident nimmt Philipp Bürgler in Pflicht und wünscht ihm viel Freude und Erfolg in seinem Amt.

5. Kreditbegehren von Fr. 594'000.00 inkl. MwSt. für die Überarbeitung des Projekts zur Ertüchtigung und Erweiterung des Sport- und Erholungszentrums Tägerhard

Paul Koller, Präsident Finanzkommission: An der Volksabstimmung vom 23. September 2012 wurde der Kredit in der Höhe von Fr. 5,72 Millionen in einem Verhältnis von 58 % zu 42 % abgelehnt. Eine durch die Firma Isopublic durchgeführte externe Befragung hat ausfindig gemacht, dass hauptsächlich die Kosten und die Grösse des Projekts sowie der Umstand, dass die Stimmberechtigten nur über ein Gesamtprojekt abstimmen konnten, zur Ablehnung führten.

Konkret liegt das Bedürfnis an Möglichkeiten für Schwimm- und Eissport unangefochten an der Spitze. Mit dem Einbezug der Befürworter und Gegner sowie sämtlichen Einwohnerratsfraktionen soll das Projekt überarbeitet werden. Mit Beschluss vom 15. November 2012 hat der Gemeinderat eine breit abgestützte Begleitkommission mit Vertretern der Pro- und Contra-Komitees, aus Mitgliedern sämtlicher Einwohnerratsfraktionen und Fachleuten eingesetzt. Die Begleitkommission steht unter der Leitung von Gemeindeammann Dr. Markus Dieth.

Die Begleitkommission ist bereits aktiv geworden und hat festgelegt, dass folgende Teilbereiche als Varianten aufgezeigt werden sollen: Verzicht auf eine Mehrzweckhalle und Umwandlung in eine kleinere Halle, Reduktion des Raumprogramms, Variante mit und ohne gedecktes Ausseneisfeld, Teilwegfall der Tiefgarage, Wegfall des Aussenwarmbeckens, Verkleinerung des Saunabereichs, Überarbeitung der Haustechnik, Überarbeitung des Energiekonzepts, Überarbeitung der Kosten- und Honorarabrechnung, Überprüfung und Überarbeitung des Betreibermodells sowie die Variante gedeckter Ausseneisfelder.

Nach Bewilligung des vorliegenden Kreditbegehrens für die Neubearbeitung des Projekts tägi sollen Anfang 2013 mit den kantonalen Behörden die Rahmenbedingungen für die Betriebsdauer des bestehenden Eisfeldes besprochen werden. Nach dem heutigen Kenntnisstand soll das Eisfeld mit kantonaler Verfügung per Ende Saison 2013/2014 geschlossen werden. Die neue Zielsetzung mit der anstehenden Projektbearbeitung muss sein, eine tiefgründige Transparenz über die Varianten zu geben. Die Transparenz muss zu einem wesentlichen Teil über die Begleitkommission den Fraktionen und der Bevölkerung von Wettingen weitergegeben werden. Es darf nicht sein, dass der Besteller, die Stimmberechtigten von Wettingen, ein zweites Mal das Gefühl erhalten, schlecht informiert, zu wenig gefragt und nicht in den Entscheidungsprozess miteinbezogen worden zu sein. Es wird eine Bring-Schuld bleiben, der Informationsfluss ist so aufrecht zu erhalten, dass die Wettinger Bevölkerung kein Nichtinformations-Gefühl haben wird.

Die Grobkostenschätzung beinhaltet nach Ansicht der Finanzkommission sämtliche anfallenden notwendigen Kosten. Die eingereichten Kostenschätzungen basieren auf Aufwandberechnungen, denen Erfahrungen, Stunden und Stundenansätze zugrundeliegen. Dem grössten Posten, Projektüberarbeitung/Honorar Generalplanerteam, mit Fr. 300'000.00 liegen zum Beispiel 2'425 Stunden zu Grunde. Die Tiefe der Kostenschätzung lassen bei der Finanzkommission keinen Zweifel aufkommen, dass der Betrag seriös errechnet worden ist.

Die Finanzkommission stimmte dem Kreditbegehren mit 6:1 Stimmen zu.

Die Finanzkommission beantragt dem Einwohnerrat, dem gemeinderätlichen Kreditbegehren von Fr. 594'000.00 inkl. MwSt. für die Überarbeitung des Projekts betreffend Sanierung des Sport- und Erholungszentrums zuzustimmen.

Vogel Yvonne: Die FDP-Fraktion hat sich intensiv mit dieser Vorlage auseinandergesetzt. Diverse Punkte haben zu längeren Diskussionen Anlass gegeben. Zum einen erscheint der Betrag des Kreditbegehrens doch eher hoch. Auf der anderen Seite bestehen auch bei den aufgelisteten Varianten, die im Rahmen der Überarbeitung geprüft werden sollen, Unklarheiten. Das Wettinger Stimmvolk hat an der Abstimmung eine klare Meinung zum tägi abgegeben. Die Resultate aus der Befragung durch die Firma Isopublic haben übersichtlich aufgezeigt, welche Angebote im tägi gewünscht und erwartet werden. Eis und Wasser sind die zentralen Anliegen, die der Bevölkerung am Herzen liegen. Dass diesem Volkswillen Rechnung getragen und nun auch ein Projekt ausgearbeitet wird, indem die Wünsche und Anregungen in die zukünftige Planung miteinbezogen werden, ist wichtig. Das Umfrageergebnis zeigt aber auch klar auf, dass die Kosten massiv gesenkt werden müssen, damit eine neue Vorlage beim Stimmvolk überhaupt eine Chance hat.

Daher wird erwartet, dass dem Planerteam klare Vorgaben mit auf den Weg gegeben werden. Vor allem bei der Eisnutzung muss definiert werden, wie viele Monate im Jahr Eis zur Verfügung gestellt werden soll. Dieser Entscheid hat grossen Einfluss auf die Ausarbeitung des Projekts und die daraus resultierenden Kosten. Bezüglich der Gesamtkosten gibt es zurzeit verschiedene Informationen in den Medien und in der Bevölkerung. Uns würde in diesem Zusammenhang sehr interessieren, ob bestimmte Vorgaben betreffend Kosten gemacht worden sind. Es wird sehr begrüsst, dass die Planungen für das tägi so zügig an die Hand genommen werden. Aus diesem Grund ist es sehr wichtig, dass das Planerteam mit genauen Vorgaben arbeiten kann. Dadurch lassen sich Zeit und Kosten sparen.

Klasen Roland: Die Fraktion SP/WettiGrünen operiert als Doppelfraktion in diesem Einwohnerrat. Aus diesem Grund wird heute auch ein Doppelauftritt erfolgen. Nach meinen Ausführungen wird Jürg Meier noch Ergänzungen anbringen.

Unsere Fraktion stimmt dem vorliegenden Kreditantrag mehrheitlich zu. Wettingen braucht ein Sport- und Erholungszentrum. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger wollen ein in einem angemessenen Rahmen saniertes tägi. Wir stimmen auch zu, weil eine seriöse Planung einen angemessenen Preis hat, der sich schliesslich auch auszahlt, nicht nur finanziell, sondern auch qualitativ. Wir wollen bereits in diesem Zeitpunkt auf ein paar Aspekte hinweisen, die uns wichtig erscheinen. Im Mai 2012 haben wir bereits dem Projektierungskredit zugestimmt. Wir taten dies, da die Energiefragen zwar nicht optimal, aber dennoch ansprechend gelöst worden sind. Vor allem hat uns der gute Wille zur Planung einer Photovoltaik-Anlage überzeugt. Dieser Zusatz hat auch viele Stimmbürgerinnen und Stimmbürger überzeugt. Er war auch ausschlaggebend für ein Ja. Der Standard für das Bewusstsein in Bezug auf Energie muss mindestens gehalten, wenn nicht gar angehoben werden. Andernfalls wäre die Mehrheitsfähigkeit unseres Erachtens gefährdet. In der vorliegenden Analyse des Abstimmungsergebnisses tritt dieser Aspekt aber nicht sehr prominent in Erscheinung. Immerhin haben sich aber 46 % der Befragten dahingehend geäussert, dass das Projekt für sie zu wenig ökologisch gewesen sei. Will man ein mehrheitsfähiges Projekt erlangen, so muss man nicht nur jenen entgegenkommen, die abgelehnt haben, sondern man muss auch den Befürwortern gerecht werden.

Im Abstimmungskampf und der Umfrage wurde deutlich, dass man aus verschiedenen Varianten auswählen will. Diese Varianten müssen deutlich formuliert und unterschiedlich sein. Dies erfordert eine etwas aufwendigere Planung, was mit entsprechenden Kosten verbunden ist. Wir hoffen weiter auf Verbesserungen im Verkehrsbereich. Der bevorstehende Prozess ist zwischen Projektplanern, Legislative und den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern intensiv zu kommunizieren.

Meier Obertüfer Jürg: In der Auswertung zur Umfrage ist ein Argument sehr prominent gewertet worden. Die Aussage heisst: „Im tägi soll im Winter weiterhin Eissport angeboten werden.“ Dieses Argument hat eine sehr grosse Zustimmung erfahren. In dieser Aussage ist explizit vom Winter die Rede. Damit meint man nicht ab Spätsommer. Damit kann diese Aussage nicht dazu herangezogen werden, dass ein beliebig ausgedehnter Eissportbetrieb gerechtfertigt werden kann. Ich versuche noch einen subtilen Unterschied zwischen Eis und Eissport zu machen. In der Umfrage ist nach Eissport gefragt worden. Eissport muss damit nicht gezwungenermassen mit einer gefrorenen Eisfläche gleichgesetzt werden. Dem Anliegen der Bevölkerung, sich auf Kufen gleitend fortzubewegen, kann man auch anders gerecht werden. Unsere Fraktion fordert deshalb, dass im anstehenden Varianten-Studium auch der Einsatz von synthetischem Eis geprüft wird. Dies kann als zeitliche und örtliche Ergänzung zum klassischen Eis verstanden werden. Eine solche Fläche ist in der Gemeinde Emmen seit 2010 schon mit grossem Erfolg in Betrieb. Auch die Stadt Zürich befasst sich im Rahmen eines anstehenden Sanierungsfalls damit, ein bestehendes Hockey-Feld durch eine synthetische Eisfläche gleicher Grösse zu ersetzen. Wir sind überzeugt, dass sich die Gemeinde Wettingen unbedingt über die finanziellen und energetischen Vorteile von synthetischem Eis informieren sollte.

Wolf Thomas: In der Fraktion wurde das Kreditbegehren von Fr. 594'000.00 für die Überarbeitung des tägi-Projekts intensiv diskutiert. Wir sind uns einig, dass es diesen Kredit braucht, um die nötigen Schritte einzuleiten, damit dem Volk eine neue Vorlage präsentiert werden kann. Wie wir in unserem Fraktionsbericht erwähnt haben, erwarten wir auch, dass der Gemeinderat mit den Regionsgemeinden nachverhandelt. In der Publikumsbefragung war dies mitunter ein Grund zur Ablehnung des Projekts. Mit einer

transparenten Offenlegung der Beiträge aus den Regionsgemeinden könnte der Gemeinderat Goodwill schaffen. Apropos Publikumsumfrage - etwas möchte ich noch anmerken: In der Umfrage wurde unter Punkt 8 gefragt: "Welche Angebote müssen im neuen Tägerhard unbedingt angeboten werden?" 49 % gaben "Schwimmen", 44 % gaben "Eis" an und sogar 47 % möchten "Anderes". Ich habe bei Isopublic nachgefragt. Unter „Anderes“ handelt es sich faktisch um Einzelnennungen von Sportarten und Angeboten, ergo nicht nur Eis und Wasser. Hier fehlt uns die Transparenz. Hingegen wurde beim Wort "Eis" tatsächlich eine feinere Aufschlüsselung vorgenommen, die nicht publiziert wurde. 26 % wollen demnach eine Eisbahn ohne weitere Spezifikationen, sprich ohne Dach. Hingegen haben sich nur 8 % für ein gedecktes Eisfeld ohne weitere Spezifikationen ausgesprochen und 9 % für die Sportart Eishockey. Diese wichtigen Detailantworten wurden als 44 % zusammengefasst, was ich suboptimal finde, denn so läuft man Gefahr, dass man wieder der falschen Maus nachrennt und am Volkswillen vorbeiplant.

Wir erwarten, dass der Begleitkommission auch eine Variante Sanierung und nicht nur Verkleinerung des Wettbewerbprojekts unterbreitet wird. Auch müssen zwingend die entsprechenden Unterhaltskosten mitgeliefert werden. In unserer Motion, die dem Gemeinderat vorliegt, fordern wir ihn auf, ein Konzept für die Sanierung der Eisanlage im Tägerhard auf der Basis der bestehenden Flächen vorzulegen, bei dem es zu keinem Unterbruch des Eisbetriebs kommt. Auch wird der Wunsch, an der Urne eine Wahlmöglichkeit zu haben, in der Motion nochmals klar erwähnt.

Frage an den Gemeinderat: Warum wurde unsere Motion nicht an dieser Einwohnerrats-Sitzung traktandiert?

Benz Thomas: Der klare Volksentscheid vom 23. September 2012 bezüglich Projektierungskredit tägi war für eine Mehrheit des Einwohnerrates wie auch für unsere Fraktion eine klare und harte Niederlage. Unsere Fraktion verfällt deshalb aber nicht in eine Trotzreaktion. Wir werden wie schon beim ersten Projekt mit Freude und Weitsicht, aber auch mit kritischem Blick unser Bestes geben und zu einem neuen guten tägi-Projekt beitragen.

Das jetzt vorliegende Kreditbegehren und das speditive Vorgehen des Gemeinderates begrüßen und unterstützen wir. Bezüglich Volumen und Kosten der Projektüberarbeitung sind wir einig mit der Finanzkommission. Drei Punkte sind uns bei diesem Geschäft aber besonders wichtig:

1. Wir erwarten, dass uns als Ergebnis der Überarbeitung verschiedene Szenarien unterbreitet werden, welche sich in Umfang und Kosten unterscheiden. Wir glauben nicht, dass es möglich ist und Sinn macht, wenn wir über jeden einzelnen Raum abstimmen können. Wir möchten über verschiedene Szenarien beraten können und erwarten, dass dies anschliessend auch dem Volk so unterbreitet werden kann.
2. Die Kosten, egal für welches Szenario, müssen deutlich unter dem bisherigen Volumen liegen.
3. Bereits in unserem Postulat haben wir die Rettung des Eisbereichs gefordert. Die Umfrage von Isopublic hat ebenfalls ergeben, dass der Eisbereich ein sehr zentraler Bestandteil des tägis ist. Im vorliegenden Kreditbegehren wird zwar öfters erwähnt, dass der Eisbereich wichtig ist. Es fehlt uns aber die klare, verbindliche Aussage, dass in allen auszuarbeitenden Szenarien der Eisbereich in irgendeiner Form enthalten ist. Damit der Auftrag auch für die Planer klar ist, stellen wir deshalb folgenden Antrag: "Ergänzend zum Beschluss des Einwohnerrates: Das überarbeitete Projekt muss zwingend einen Eisbereich enthalten."

Reinert Marie-Louise: Die Fraktion EVP/Forum 5430 sagt Ja zur der unterbreiteten Vorlage. Das ursprünglich unterbreitete Projekt "Morailon" war eine energetisch, betrieblich und gestalterisch sehr optimierte Lösung. Die Abwärme und deren Nutzung, Anlageteile für die Volksgesundheit und Angebote, die rentieren, dies nennt man Angebote, die sich betriebswirtschaftlich rechnen. Muss nun das Projekt auseinandergebrochen werden, so bedeutet dies die Suche nach neuen Optimierungsmöglichkeiten. Dies ist mit weiteren Kosten verbunden. Die Redimensionierungen im Projekt sind auf Seite 3 des Traktandenberichts klar formuliert. Für mich waren sie so nicht aus der Iso-public-Studie herauszulesen. Für mich sind es die Schlüsse, welche der Gemeinderat daraus gezogen hat. So detailliert wurden wir nicht gefragt. Die neue Planungsarbeit ist nötig. Man kann nicht ganz von vorne beginnen. Es gibt Prämissen, die nicht neu aufgerollt, vielleicht aber neu auf den Tisch gebracht werden sollten. Es gibt einen Masterplan, welcher für die Limmattalbahn und die S-Bahn Haltestelle einen Umsteigeknoten ermöglichen soll. Weiter soll nach diesem Masterplan auch Fussball und Landhockey im Tägerhard möglich sein. Ein Bauvorhaben stellt keinen Supermarkt dar. Man kann nicht einfach in ein Gestell greifen und das in den Einkaufskorb legen, was einem gerade beliebt. Deshalb ist die Forderung nach einer Auswahlendung in einer Abstimmung mit Vorsicht zu geniessen. Im Traktandenbericht wird ausgeführt, dass die Erarbeitung eines modularen Projekts für die Anlageteile Eisnutzung und Sanierungsbestand nur mit betrieblichen, energetischen und gestalterischen Nachteilen zu erkaufen ist. Dann lese ich im Traktandenbericht, dass geprüft werden soll, ob das in Form von Teilprojekten geleistet werden kann. Das überarbeitete Projekt wird als neues Projekt daherkommen. Es wird energetisch, betrieblich und gestalterisch optimiert sein. Wenn man hierzu allzu enge Vorgaben macht, so werden gute Lösungen verunmöglicht. Die Fachleute haben in der Begleitkommission erklärt, dass Mitwirkungsveranstaltungen im Laufe des weiteren Prozesses sinnvoll seien. Sie seien auch sinnvoller als Abstimmungen mit Auswahlmöglichkeiten.

Graf Heinz: Ich finde es ausserordentlich schade, dass mit dem Kreditbegehren von Fr. 594'000.00 schon dermassen viel festgelegt wird. Politisch wird ein ungewöhnlicher Turbo eingelegt. Leider konnte ich ferienhalber nicht an der ersten Begleitkommissionssitzung teilnehmen. Damit erhielt ich das Gefühl, dass ich bereits meine halbe politische Karriere verpasst habe. Im Herbst soll das Projekt bereits der Bevölkerung präsentiert werden können. Dass für eine Neuprojektierung Geld benötigt wird, ist völlig klar. Dass dazu heute auch ein entsprechender Kredit gesprochen werden soll, dagegen habe ich nichts einzuwenden. Aber folgende ausserordentliche Entscheide sind vorweg genommen worden. Der Wettbewerbsgewinner soll ein Projekt überarbeiten, welches bei der Bevölkerung durchgefallen ist. Ich erachte es als sehr problematisch, dass ein Projekt "Morailon light" erarbeitet werden soll. Ich habe meine Zweifel, ob ein lediglich verkleinertes Projekt kostenmässig aufgeht. Die Voraussetzungen mit den neuen Grundlagen werden komplett anders sein.

Ich habe die Wettbewerbsprojekte, die damals im Tägerhard ausgestellt worden sind, während zwei Abenden gut studiert. Leider waren damals keine Personen aus der Bevölkerung anwesend. Für mich war damals das Projekt im zweiten Rang das beste Projekt. Ich konnte aber mit dem Juryentscheid leben. Warum habe ich das Projekt im zweiten Rang als besser bewertet? Die beiden Eisflächen in diesem Projekt wurden parallel angeordnet. Es war damit platzsparender. Es war keine rundum laufende Tribüne vorhanden. Das Siegerprojekt hat eine solche Tribüne aufgewiesen und ist relativ stark gegen den Parkplatz ausgewichen. Vor einer Überarbeitung müssten alle Projektideen sauber beurteilt werden.

Die Projektidee der SVP finde ich gut. Sie sollte aber nicht nur so weit abgespeckt werden, dass nur die Eisflächen saniert werden. Auch eine Überdachung müsste ins Auge

gefasst werden. Für die Eisanlage sollte damit ein separates Projekt mit Dach ausgearbeitet werden. Ich habe im tägi während sechs Jahren eine WIR-Ausstellung durchgeführt. Für die Zeltmiete während der drei Ausstellungstage mussten Fr. 100'000.00 aufgewendet werden. Eine überdachte Fläche würde den Ausstellern grosse Vorteile bringen.

Dem heutigen Antrag kann ich zustimmen, wenn mir vom Gemeinderat bestätigt wird, dass nicht nur eine Projektidee favorisiert wird, sondern dass mit der Begleitkommission wirklich alle Grundlagen und Projektideen analysiert werden. Ein Projekt Eisbahn könnte mit einem späteren Projekt verbunden werden. Eine Etappierung wäre möglich. Damit wäre es möglich, den Steuerfuss auch entsprechend tief zu halten. Ich mache noch darauf aufmerksam, dass das Projekt im zweiten Rang durch ein Wettinger Büro erstellt worden ist. Vielleicht könnte diesem Büro die Chance gegeben werden, ein Projekt „nur Eisbahn“ auszuarbeiten.

Klasen Roland: Ich habe bereits vorher darauf hingewiesen, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger wünschen, das nächste Mal über Varianten abstimmen zu können. Für uns ist deshalb unverständlich, weshalb man die Variantenvielfalt durch den Antrag der CVP einschränken soll. Sollte der Antrag der CVP eine Mehrheit finden, könnten wir nicht mehr hinter dem vorliegenden Kreditbegehren stehen.

Scherer Kleiner Leo: Ich habe nach der ersten Begleitkommissionssitzung lange mit mir gerungen. Ich war mir nicht sicher, ob ich hier überhaupt mitmachen soll. Gibt es genügend Spielraum, um sich in der Energiefrage engagieren zu können, um Teilerfolge erringen zu können? Ich habe für mich feststellen müssen, dass dieser Spielraum nicht vorhanden ist. Deshalb habe ich für mich persönlich entschlossen, die Wahl in die Begleitkommission nicht anzunehmen.

Irgendwie finde ich es verrückt, was hier im Augenblick abgeht. Wir hatten eine Abstimmung mit einem Projekt, in welchem das Eis eine zentrale Rolle spielte. Man könnte von einem Projekt mit luxuriösen Dimensionen sprechen. Dieses Projekt ist mit einer ziemlich deutlichen Mehrheit abgelehnt worden. Heute wird bereits wieder ein neues Kreditbegehren unterbreitet. Dabei werden die Grundfragen gar nicht diskutiert, nicht einmal gestellt. Es wird in den Raum gestellt, dass Eisnutzung ein unverzichtbares zwingendes Element darstellt. Darüber wird gar nicht diskutiert.

Eisnutzung kann ganz viele verschiedene Sachen heissen. Dies kann bedeuten, dass der Abwart des Tägerhards an kalten Wintertagen den Platz mit Wasser spritzt. Dadurch entsteht Natureis, es entsteht Eis, wenn es die Natur will. Man könnte sich aber auch vorstellen, in der Kiesgrube einen Naturweiher anzulegen. Wenn es die Natur will, die Temperaturen genügend tief sind, der Weiher gefriert und das Eis genügend dick ist, dann kann der Weiher freigegeben werden. Auch hier passiert es nur, wenn es die Natur will. Danach folgen alle künstlichen Varianten der Eisproduktion. An dieser Stelle wird nur über diese Varianten gesprochen. Wir sprechen aber nicht so differenziert über diese Varianten, wie man dies eigentlich tun sollte. Auch bei den künstlichen Varianten gibt es eine grosse Spannweite. Hier ist einmal eine Super-Luxuseishalle, die ganzjährig oder zu weiten Teilen des Jahres betrieben wird. Weiter kommen offene Eisfelder in Frage, die man im Winter, wenn es kalt ist, nutzt. Laut Klimanormwert Zürich-Affoltern, Referenzperiode 1961 bis 1990, ist das im Dezember mit durchschnittlich 0,5° C, im Januar mit durchschnittlich -0,8° C und im Februar mit durchschnittlich 0,8° C der Fall. Der November und der April sind bereits zu warm. Damit ist Winter dann, wenn es kalt ist und nicht dann, wenn es im Kalender steht oder ein Eishockey-Verband sagt, es sei Saison. Es wird nicht darüber gesprochen, was eine vernünftige Betriebsdauer ist, die unseren europäischen Klimazonen und den energiepolitischen Bedingungen angepasst ist. Eine solche Diskussion wird einfach übergangen.

Sollten keine Zusicherungen gemacht werden, sollten sich die Bedingungen nicht ändern, sollte nicht mehr Ergebnisoffenheit an den Tag gelegt werden, so werde ich persönlich dem Kreditbegehren nicht zustimmen.

Benz Thomas: An die Adresse von Leo Scherer kann ich sagen, dass es sich beim Antrag der CVP nicht um einen Hüftschuss handelt. Bereits vor der Abstimmung war klar, dass sämtliche Gegner und Befürworter sich für den Eisbereich ausgesprochen haben. Einzig Leo Scherer hat sich klar dagegen geäußert. Nach der Abstimmung ist im Rahmen der Umfrage herausgekommen, dass der Eisbereich ein zentrales Anliegen darstellt. Zum jetzigen Zeitpunkt gibt es noch keinen konkreten Antrag, ob dazu ein Dach erstellt werden soll oder nicht. Noch gibt es keine Vorstellungen, ob höhere oder tiefere Banden erstellt werden sollen. Zentral ist aber, dass es einen Eisbereich geben soll. Seine Dimension ist noch zu erarbeiten.

Noch ein Wort zur SP-Fraktion: Im Eingangsvotum wurde geäußert, dass man grundsätzlich für diesen Kreditantrag stimmen werde. Im Traktandenbericht wird auf Seite 4 festgehalten, dass nach dem Grundsatzentscheid noch alle Möglichkeiten offen sind, wie dieses Eis in Zukunft aussehen soll.

Bürgler Philipp: Das Vorgehen, wie dieses Projekt angegangen wird, ist meiner Meinung nach falsch. Bevor über einen Kreditantrag abgestimmt werden kann, ist es Aufgabe des Gemeinderats und der Begleitkommission genau zu definieren, was dem Volk überhaupt vorgelegt werden soll.

Es muss zum Beispiel vorher bestimmt werden, ob man eine Eishalle haben will oder nicht. Dies muss nicht dem Planerteam zum Entscheid überlassen werden. Dies muss von den Bestellern entschieden werden. Ebenso ist zu definieren, ob das Eisfeld nur in den Wintermonaten betrieben werden soll oder nicht. Dies wäre auch aus ökologischer Sicht sinnvoll. Erst wenn die Grundsatzentscheidungen des Gemeinderats und der Begleitkommission getroffen worden sind, darf die Projektüberarbeitung an die Hand genommen werden.

Auch die Motion der SVP spricht von den Grundsatzentscheidungen, die vorab getroffen werden müssen. Wenn diesem Kreditantrag zugestimmt wird, so werden die Weichen wie das letzte Mal wiederum falsch gestellt. Aus diesem Grund werde ich dem vorliegenden Kreditantrag so nicht zustimmen.

Dieth Markus, Gemeindeammann: Besten Dank für die grundsätzlich positiven Voten zum Projekt. Man ist sich bewusst, dass die Volksbefragung ernst genommen wird. Die Bevölkerung will das Projekt überarbeitet haben. Dies hat sich aus der Isopublic-Befragung ergeben. Heute wird ein Kreditbegehren für die Überarbeitung des Projekts vorgelegt. Es besteht die Gefahr, dass die Diskussionen bereits eine Tiefe annehmen, die eine Projektierungsebene betreffen. Dies ist insoweit nachvollziehbar, da wir uns bereits seit etwa 15 Jahren mit diesem Projekt beschäftigen. Jedermann hat eine eigene Vorstellung, wie das Projekt schlussendlich aussehen soll. Heute geht es darum, einige Schritte zurück zu machen. Heute muss man wieder offen sein. Der einzige Auftrag, der aus der dieser Isopublic-Befragung resultiert, ist der, dass das Projekt überarbeitet werden muss. Wenn in dieser Befragung herausgekommen wäre, dass niemand Eis will, so wäre eine Weiterbearbeitung des Themenfeldes Eis nicht angezeigt. Die Überarbeitung muss angepackt werden. Dieser Auftrag ist Ihnen vom Volk übertragen worden. Sie sind die Volksvertreterinnen und Volksvertreter. Es hat sich als richtig herausgestellt, die Isopublic-Befragung durchzuführen. Nun wissen wir, wo der Schuh drückt. Es konnte damit herausgefunden werden, welche Gründe zur Ablehnung führten. Weiter war in Erfahrung zu bringen, was die Bevölkerung effektiv wünscht. Diese Resultate

aus der Befragung sind öffentlich dargelegt worden. Nun gilt es die nötigen Gelder zu bewilligen, damit die Überarbeitung an die Hand genommen werden kann.

Anlässlich der ersten Kommissionssitzungen hat das Architekturbüro aufgrund der Vorarbeiten die ersten, wesentlichen kostenbestimmenden Elemente herausgeschält. Dies war nicht sehr schwierig, da das Architekturbüro das Projekt bereits gekannt und bearbeitet hat. Man befand sich auch in einem Wettbewerbsverfahren. Dieses ist nicht mit einem einfachen Vergabeverfahren des Gemeinderats gleichzusetzen. Der Auftrag an das Architekturbüro ist nicht auf der Grundlage einer Submission oder einer direkten Vergabe übertragen worden. Weil es sich beim Wettbewerbsverfahren um ein bestimmtes rechtliches Verfahren handelt, ist man nicht frei, heute Teile des Projekts herauszubrechen und jemand anderem zu Überarbeitung zuzuweisen. Es war zuerst abzuklären, ob das Resultat des Wettbewerbsverfahrens in einem nächsten Schritt überarbeitet werden kann. Diese Abklärungen haben ergeben, dass dies möglich ist. Würde man ein neues Architekturbüro mit der Überarbeitung des vorliegenden Projekts beauftragen, könnte nicht am Siegerprojekt weitergearbeitet werden. Es müsste ein neuer Wettbewerb gestartet werden. Bis heute sind Kosten für das Wettbewerbsverfahren in Höhe von 1,2 Mio. Franken aufgelaufen.

Wenn Sie heute dem Kreditbegehren zustimmen, so kann die Kommission in einem interaktiven Prozess mit den Fachleuten die Projektüberarbeitung an die Hand nehmen. Folgende Punkte stehen dabei im Fokus: Das Projekt muss massiv kostengünstiger erstellt werden können. Diese Hauptaussage ergibt sich auch aus der Isopublic-Befragung. Positionen und Anlageteile, die nicht den Bedürfnissen der Wettinger Bevölkerung entsprechen, sind kritisch zu hinterfragen. Sie sind im Sinne einer Verzichtsplanung aufzulisten. In diesem Prozess ist insbesondere zu prüfen, ob und in welcher Art und Weise die künftigen Eisflächen zur Verfügung gestellt werden. Es war eine Forderung im Abstimmungskampf, dass getrennt über verschiedene Varianten abgestimmt werden kann. Es wurde dann immer wieder gewünscht, dass über den Eisbereich und die Sanierung abgestimmt werden kann. Die Sanierung von Saal, Eingang, Hallenbad und Restaurant war nicht bestritten, aber man wollte nicht über das Gesamtpaket abstimmen. Der Gemeinderat hat immer wieder erwähnt, dass das Projekt aus energetischen Überlegungen ein Gesamtpaket darstellt. In der Überarbeitung des Projekts muss nun hierzu eine Aussage gemacht werden können und eine getrennte Auflistung erfolgen. In der Überarbeitung werden die Anlagenteile Saal, Hallenbad, Gartenbad und Restaurant als Basisanierungsprojekt positioniert werden. Als Zusatzanlagenteil wird die Eisnutzung durch die Begleitkommission in einer noch zu bestimmenden Form zu bearbeiten sein. Auf diese Weise kann der Wunsch nach einer getrennten Abstimmung nachgelebt werden. Die grosse Herausforderung wird sein, in beiden Varianten energetisch optimierte (mindestens gleich bleibende oder verbesserte) Varianten anzubieten.

Zu einigen Voten aus der Diskussion: Unklarheiten aus der Isopublic-Befragung: Diese werden sich im Rahmen der Überarbeitung nun klären. Aufgrund der Befragung wird man sich beim Aussenwarmbecken gut überlegen müssen, dieses nochmals in das Projekt aufzunehmen.

Energiebewusstsein: Gemäss der Isopublic-Befragung war dies nicht der zentrale Punkt für die Ablehnung. Wenn die Energiefrage in der Überarbeitung schlechter wird, so rückt sie automatisch ins Zentrum des Interesses. Damit muss mit diesem Thema sehr sensibel und seriös umgegangen werden.

Verbesserungen im Verkehrsbereich: Auch dieser Punkt wird in der Überarbeitung studiert werden.

Eisnutzung: Gemäss Isopublic-Befragung ist unbestritten, dass Eis angeboten werden soll. Im Rahmen der Befragung ist selbstverständlich nicht in Erfahrung gebracht worden, wie lange Eis angeboten werden soll. Auch diese Überlegungen sind im Rahmen der Überarbeitung anzustellen. Sie stehen auch im Zusammenhang mit dem Betrieb der ganzen Anlage. Sie spielen aber auch bei den Energiefragen mit. Auch die Möglichkeit des Einbaus von synthetischem Eis wird in der Überarbeitung diskutiert werden. In der ursprünglichen Variante ist dieses Thema schon einmal aufgegriffen worden. Es wurde aber damals nicht weiter verfolgt respektive verworfen.

Verhandlungen mit Regionsgemeinden: Im Zusammenhang mit den Beiträgen aus den Gemeinden der Region mussten harte Verhandlungen geführt werden. Noch nicht verhandelt ist die Frage des Betriebes. Da ist noch Potential vorhanden. Die Gemeinde Wettingen zahlt zum Beispiel jährlich einen Beitrag an das Kurtheater in Baden.

Motion SVP: Aus zeitlichen und verfahrenstechnischen Gründen war es gar nicht möglich, die Motion schon heute dem Parlament zur Beratung vorzulegen. Die Motion ist an der letzten Einwohnerrats-Sitzung im Dezember eingereicht worden. Die letzte Gemeinderatssitzung hat am 20. Dezember 2012 stattgefunden. Am gleichen Tag sind die Einladung und die Unterlagen zur heutigen Einwohnerratssitzung verschickt worden. Eine materielle Behandlung des Vorstosses war also noch gar nicht möglich. Der frühest mögliche Zeitpunkt für die Behandlung im Einwohnerrat wird am 14. März 2013 sein, wo der Vorstoss mit Sicherheit traktandiert werden wird.

Varianten-Abstimmungen: Es wurde immer gewünscht, sich zur Sanierung und zu den einzelnen Zusatz-Anlageteilen separat äussern zu können. Eine solche Abstimmung wird nicht möglich sein. Aber im Rahmen von Mitwirkungsveranstaltungen werden sich die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger einbringen können.

Bedauern, dass schon vieles festgelegt worden ist: Der Gemeinderat und die Begleitkommission müssen den Architekten Vorgaben machen, in welche Richtung sie eine Überarbeitung vorzunehmen haben. Auf der Grundlage dieser Vorgabe können der Arbeitsaufwand und die daraus entstehenden Kosten ermittelt werden. Die Kreditvorlage ist nicht willkürlich zu Stande gekommen. Sie entspricht dem Umfrageergebnis.

Änderung des Wettbewerbsverfahrens: Dies ist aus rechtlichen Gründen nicht möglich.

Eisanlage als separates Projekt: In gewisser Weise wird dies Teil der zu erarbeitenden Szenarien sein. Schon heute steht fest, dass es aus energetischen Überlegungen nicht möglich sein wird, zwei voneinander völlig unabhängige Projekte vorzubereiten. Dies würde enorm teuer werden.

Grundsatzfrage Eis Ja oder Nein: Diese Frage bleibt zu diskutieren und wird auch hier im Einwohnerrat noch zu diskutieren sein. Es bleibt aber zu berücksichtigen, dass die Isopublic-Befragung ein deutliches Zeichen gesetzt hat. 97 % der Befragten äusserten sich zu Gunsten des Eisangebotes. Eis war auch nie bestritten, es ging immer um die Grösse dieser Anlage.

Falsche Vorgehensweise: Nach meinen Ausführungen sollte klar sein, dass nicht der Gemeinderat für sich ein Projekt weiterentwickeln will. Es sollen nun verschiedene Varianten ausgearbeitet werden. Dafür ist die Isopublic-Befragung durchgeführt worden. So kann nun der richtige Weg beschritten werden.

Motion SVP/Postulat CVP: Mit dem Vorstoss der SVP werden offene Türen eingerannt. Das Anliegen ist Gegenstand der Überprüfung. Ob der Vorstoss als Motion oder als Postulat überwiesen werden soll, kann zum heutigen Zeitpunkt offen gelassen werden. Auf jeden Fall darf mit einem solchen Vorstoss keine Fussfessel geschaffen werden. Auch der Vorstoss der CVP ist im Rahmen der Überprüfung zu bearbeiten.

Kosten: Aufgrund der in den Vorarbeiten ausgeloteten Spar- und Verzichtspotenziale sind die Planer für die Ausarbeitung der heutigen Kreditvorlage von einer maximalen Bausumme ausgegangen. Es musste eine Annahme getroffen werden. Wieder hat dabei die Isopublic-Befragung eine Hilfe für die Ausarbeitung der Kreditvorlage geboten. Nehmen Sie den Betrag der heutigen Kreditvorlage und rechnen ihn gemäss den Rechenmethoden der Fachleute zurück, so kommen sie auf eine Bausumme in der Höhe von 65 Millionen Franken. Es wird aber die Aufgabe der Begleitkommission und des Einwohnerrates sein, das Projekt gemäss den Bedürfnissen der Wettinger Bevölkerung zu definieren. Dazu werden Mitwirkungsveranstaltungen organisiert werden. Im Anschluss an die konkrete Projektdefinition sind die effektiven Kosten für die Varianten zu ermitteln. Der Gemeinderat hat, entgegen der Auffassung verschiedener Leserbriefschreiber, zu keinem Zeitpunkt eine Kostendefinition für das neue Projekt vorgenommen. Auch die Begleitkommission hat keinerlei Vorgaben gesetzt.

Noch ein Wort zur Kredithöhe: Die Kosten des vorliegenden Kreditbegehrens sind mittels Offerten genau überprüft worden. Sie erscheinen dem Gemeinderat und der Finanzkommission plausibel.

Egloff Martin: Ich bin Mitglied der Begleitkommission für die Überarbeitung des Projekts und unterstütze das Vorgehen. Vor kurzem konnte ich in einer Dokumentarfilmsendung einen Bericht über synthetisches Eis verfolgen. Im Moment sind die Aussagen des Gemeindeammanns zu diesem Punkt zu wenig verbindlich. Vor zwei Jahren hat man sich bereits einmal mit dem Thema befasst.

Im Internet habe ich mich mit dem Thema befasst und mich am letzten Sonntag in Emmen auf eine künstliche Eisfläche begeben. Das Gefühl ist nicht das gleiche wie auf einer gewohnten Eisfläche. Die Entwicklung soll aber nach Auskunft des Lieferanten stetig verbessert werden. So ist die Gleitfähigkeit in der neusten Anlage in Balsthal bereits um 10 % besser. Im Unterhalt und in der Herstellung ist ein solches Eisfeld deutlich günstiger, ökologischer und vor allem das ganze Jahr nutzbar. Auf diesen Flächen können keine Eishockeymeisterschaftsspiele stattfinden. Aus diesem Grund sehe ich diese Lösung nicht in Hallen. Sie könnte aber zur Anwendung gelangen, wenn die Variante „ohne gedecktes Eisfeld“ weiter verfolgt werden müsste.

In diesem Sinne stelle ich folgenden Zusatzantrag: „Zusätzlich zu 'Varianten mit/ohne Ausseneisfeld aufzeigen' sollen alternative Beläge für das Ausseneisfeld geprüft werden.“

Reinert Marie-Louise: Ich bitte um eine kleine Klarstellung: Wird heute im Rahmen dieses Kreditbegehrens darüber bestimmt, ob wir im tägi Eis haben werden oder geschieht dies zu einem späteren Zeitpunkt?

Dieth Markus, Gemeindeammann: Zum Antrag von Martin Egloff: Mit dem Verständnis für die Vorfreude, dass eine Überarbeitung stattfinden kann, darf man nicht solch einschränkende Anträge stellen. Heute geht es darum, dass das Kreditbegehren für die Überarbeitung gutgeheissen wird. Selbstverständlich sollen über die gemachten Anregungen im Rahmen der Überprüfung diskutiert werden. Die Begleitkommission wird sich mit diesen Fragen befassen müssen.

Zu Marie-Louise Reinert: Ich habe erwähnt, dass sich die Basissanierung auf die Anlageteile Saal, Hallenbad, Gartenbad und Restaurant beziehen wird. Hier werden die Architekten Aussagen zu den Kosten für die anstehende Sanierung machen müssen. Dazu wird noch das Element Eisnutzung kommen. Im Rahmen der Überprüfung werden verschiedene Varianten zur Eisnutzung vorgelegt werden müssen. Aus der bekannten Isopublic-Befragung ist hervorgegangen, dass 97 % der Befragten Eis gewünscht haben. Der abschliessende Entscheid wird aber beim Einwohnerrat und bei den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern liegen.

Abstimmungen

Der Antrag Martin Egloff betreffend alternative Beläge wird mit 23 : 19 Stimmen, bei 4 Enthaltungen, angenommen.

Der Antrag der CVP wird mit 18 : 20, bei 9 Enthaltungen, abgelehnt.

In der Schlussabstimmung fasst der Einwohnerrat mit 44 : 3 Stimmen folgenden Beschluss:

Beschluss des Einwohnerrates

Dem Kreditbegehren von Fr. 594'000.00 (inkl. MwSt.) für die Überarbeitung des Projekts betreffend Sanierung des Sport- und Erholungszentrums Tägerhard wird zugestimmt.

6. Kreditantrag von Fr. 1'241'700.00 für die Werkleitungs- und Strassensanierung der Freistrasse

Meier Rey Christine, Mitglied der Finanzkommission: Beim Kreditbegehren von Fr. 1'241'700.00 für die Werkleitungs- und Strassensanierung der Freistrasse handelt es sich um übliche Erneuerungsmassnahmen im Rahmen der laufenden Strassen- und Werkleitungs-Sanierungen. Nach der Sanierung der Bahnhofstrasse im vergangenen Jahr soll nun die Freistrasse saniert werden.

Die Kanalisationsleitungen in der Freistrasse sind 1950 erstellt worden und sind in einem denkbar schlechten Zustand. Auch die Strassenoberfläche muss unbedingt saniert werden. Weiter wird auch die Strassenbeleuchtung erneuert. Es wird das erste Mal sein, dass in Wettingen eine ganze Strasse mit LED-Leuchten bestückt wird. Damit lässt sich einerseits eine Verbesserung beim Energieverbrauch und andererseits bei der Ausleuchtung der Strasse durch das Ausrichten des Lichts erreichen.

Das Elektrizitäts- und Wasserwerk hat Sanierungs- und Ausbaubedarf angemeldet. Weiter wollen sich auch die Regionalwerke und die Cablecom beteiligen. Gemäss Kostenschätzung wird sich der Kostenanteil der Einwohnergemeinde für die Kanalisation, den Strassenbau und die Beleuchtung auf Fr. 492'100.00 belaufen. Das EWW wird Kosten vom Fr. 749'600.00 für Elektrizität, Wasser und Hydranten übernehmen. Entgegen den Ausführungen in der Vorlage wird der Betrag von Fr. 60'200.00 für die Hydranten nicht von der Einwohnergemeinde, sondern vom EWW übernommen.

In den Ausführungen des Gemeinderats vom 10. Dezember 2012 wird bei der Finanzierung der Sanierung der Freistrasse auf einen Betrag im Finanzplan verwiesen. Darin ist die Sanierung der Freistrasse jedoch nicht enthalten. In der Zwischenzeit sind die Investitionsausgaben aktualisiert worden. Sie sind damit in der Verpflichtungskontrolle des Voranschlags 2013 berücksichtigt.

Die Finanzkommission unterstützte das Kreditbegehren mit 6 : 0 Stimmen.

Die Finanzkommission beantragt dem Einwohnerrat, dem gemeinderätlichen Kreditbegehren von Fr. 1'241'700.00 für die Werkleitungs- und Strassensanierung Freistrasse zuzustimmen.

Egloff Martin: Wie dem Fraktionsbericht der FDP zu entnehmen ist, unterstützen wir diesen Kreditantrag. Dieses Quartier wurde in der vergangenen Zeit sehr belastet und eingeschränkt durch die Sanierung der Bahnhofstrasse mit einer sehr langen Bau-phase. Vor nicht langer Zeit haben die Sanierungen der Attenhoferstrasse, der Tö-distrasse und der Bernerstrasse in diesem Quartier stattgefunden. Die Bauzeit wurde unter anderem durch Fehler in die Länge gezogen zu Ungunsten der Anwohner. Wir erwarten von allen Beteiligten – und man hat an der Landstrasse gesehen, dass das möglich ist – eine kurze, gut organisierte und begleitete Ausführung dieser Sanierungsarbeiten. Die Arbeiten sollen an Unternehmen vergeben werden, bei denen neben dem guten Preis auch die Qualität und die Organisation einen hohen Stellenwert haben. In diesem Sinne hoffen wir auf ein Vorzeigeprojekt für unsere Gemeinde.

Läng Hanna: Die Fraktion EVP/Forum 5430 stimmt diesem Kreditbegehren zu. Ich schliesse mich gerne meinem Vorredner an. Auch ich bin über die Schlussbemerkungen im Traktandenbericht gestolpert. Hier heisst es, dass die Bauarbeiten im Frühjahr 2013 beginnen sollen. Gerne hätte ich gesehen, dass hier steht, dass die Bauarbeiten im Frühjahr 2013 beginnen und im Herbst 2013 abgeschlossen werden. Hier spielt genau diese Erfahrung hinein, die an verschiedensten Strassen in der Vergangenheit gemacht wurde. Die Bevölkerung soll wissen, dass es vorwärts geht mit der Sanierung. Wir sind sehr erfreut darüber, dass LED-Leuchten eingesetzt werden sollen und dass das EWW darauf einsteigt. Immer wieder war vom EWW zu erfahren, dass die Technik noch nicht ausgereift sei.

Feiner Felix, Gemeinderat: Der Gemeinderat setzt sich dafür ein, dass die Bauzeit eingehalten werden kann. Selbstverständlich kann man nie genau abschätzen, was unter der Erdoberfläche anzutreffen ist. Überraschungen sind nicht ausgeschlossen.

Abstimmung:

Mit 46 : 0 Stimmen, bei einer Enthaltung, fasst der Einwohnerrat folgenden Beschluss:

Beschluss des Einwohnerrates

Für das Projekt Freistrasse wird ein Bruttokredit in Höhe von Fr. 1'241'700.00 (inkl. MwSt.) bewilligt.

7. Motion Fraktion SP / Wettigrünen vom 6. September 2012 betreffend Vorinformation bei der Behandlung von Vorstössen; Ablehnung und Entgegennahme als Postulat

Neuenschwander Patrick: Die Fraktion SP/WettiGrünen ist gespannt auf die Begründung des Gemeinderats, weshalb die Motion als Postulat entgegengenommen werden soll. Vor allem interessiert, in welchem zeitlichen Rahmen der Gemeinderat gedenkt, dass Postulat umzusetzen.

Dieth Markus, Gemeindeammann: Der Gemeinderat ist bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen.

Im Hinblick darauf, welchen Entscheid der Einwohnerrat heute treffen soll, hat sich der Gemeinderat bereits einige Gedanken zum Vorstoss gemacht, ohne bereits alle Möglichkeiten bis in die letzte Konsequenz zu prüfen. Würde dies gemacht, könnte man den Vorstoss gerade erledigen und von der Kontrolle abschreiben. In seltenen Fällen ist dies zwar möglich, im konkreten Fall braucht es aber noch einige weitere Abklärungen.

Der Gemeinderat hat verschiedene Varianten diskutiert, wie mit dem Vorstoss umzugehen ist.

Variante 1: Es wird am heutigen Zustand festgehalten. Damit wäre der Vorstoss abzulehnen. Dies hat den Vorteil, dass die Behandlung mit weniger Verwaltungsaufwand verbunden ist. Es wird weiter nach dem Grundsatz der Unmittelbarkeit in der Parlamentsdebatte gelebt.

Variante 2: Der Gemeinderat spricht sich für die Entgegennahme aus. Mit dem Vorstoss wird nur die Zustellung an jene Personen gewünscht, die den Vorstoss eingereicht haben. Da ein Motionstext nicht abgeändert werden kann, würde dies zu einer Ablehnung des Vorstosses führen. Nach Auffassung des Gemeinderats macht es keinen Sinn, ungleich lange Spiesse zu schaffen. Die übrigen Mitglieder des Einwohnerrats können die gleichen Rechte geltend machen. Auch sie könnten verlangen, die Antworten schriftlich zugestellt zu bekommen, nicht nur die Verfasserin oder der Verfasser des Vorstosses. Mit der Einführung der Schriftlichkeit müssten alle Einwohnerrats-Mitglieder davon profitieren können. Die Zustellung an alle Mitglieder des Einwohnerrats bedeutet einen Mehraufwand für die Verwaltung. Sie stellt aber auch eine Dienstleistung gegenüber dem Parlament dar. Dies könnte auch zu einer gewissen Beschleunigung des Ratsbetriebs führen. Denken Sie an die Interpellationen. Jede Antwort auf die gestellten Fragen muss im Parlament heute mündlich vorgetragen werden. Am Schluss kann die Antwort dennoch schriftlich im Protokoll des Einwohnerrats nachgelesen werden.

In der Beurteilung dieser Varianten ist der Gemeinderat schliesslich zum Schluss gelangt, dass die Motion abzulehnen sei. Es wird Ihnen aber empfohlen, den Vorstoss als Postulat zu überweisen. Auf diese Weise hätte der Gemeinderat die Möglichkeit, eine Reglementsänderung im Sinne von Variante 2 (schriftliche Zustellung an alle Mitglieder) zu prüfen, insbesondere auch für welche Art von Vorstössen die Schriftlichkeit sinnvoll ist. Die Neuerungen sollen nicht zu einem vollständigen Korrespondenzparlament führen.

In diesem Sinne ist der Gemeinderat bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen. Der Gemeinderat hat sich bis heute noch nicht bis ins letzte Detail über die Umsetzung unterhalten. Es bleibt zuerst Ihren Entscheid abzuwarten. Es bleibt dann auch zu prüfen, ob die Umsetzung erst auf die neue Amtsperiode oder schon früher erfolgen soll.

Neuenschwander Patrick: Ich bedanke mich für die Ausführungen des Gemeinderats. Noch eine formelle Bemerkung: Ich habe vom Gemeinderat gelernt, dass gewisse Gesetzestexte zitiert werden können. Ich füge dieser Stelle gerne § 59 des kantonalen Gemeindegesetzes an: "Jeder Stimmberechtigte kann [...] in der Form einer allgemeinen Anregung oder eines ausgearbeiteten Entwurfes eine Motion einreichen." Ich gehe davon aus, dass wir uns einig sind, dass unsere Motion eine allgemeine Anregung darstellt. Aus diesem Grund glaube ich, dass die Aussage des Gemeindeammanns, der Motionstext könne nicht geändert werden, nicht ganz korrekt ist. Auch bei der Initiative Blockzeiten war es möglich, gewisse Inhalte auf die eine oder andere Seite anzupas-

sen. Für uns wäre auch denkbar gewesen, in der Motion festzuhalten, dass mindestens der Verfasserin oder dem Verfasser die Antwort schriftlich zuzustellen gewesen wäre. Dann wäre der Text vielleicht etwas verständlicher gewesen.

Diese inhaltlichen Ergänzungen wären auch nach Ansicht der kantonalen Gemeindeabteilung des Departements Volkswirtschaft und Inneres möglich. Wir haben uns beim Abfassen der Motion von dieser Stelle noch beraten lassen. Aus diesen Gründen sind wir mit der Entgegennahme der Motion als Postulat einverstanden.

Beschluss des Einwohnerrates

Die Motion Fraktion SP / WettiGrünen vom 6. September 2012 betreffend Vorinformation bei der Behandlung von Vorstössen wird abgelehnt und als Postulat überwiesen.

8. Postulat Suter Helen, EVP, vom 24. Mai 2012 betreffend kreatives Kulturhaus in Wettingen; Ablehnung

Suter-Schmid Helen, Postulantin: Die meisten von uns durften in jungen Jahren mit Eltern und Grosseltern am Werkbank oder am Küchentisch kreativ tätig sein (chlüttere). Dies ist auch heute noch in vielen Familien möglich. Immer wieder ist es aber auch so, dass Senioren ihre Wohnsituation verkleinern und es ihnen dann nicht mehr möglich ist, eine Bastelecke beizubehalten. Ebenso gibt es Familien, denen es nicht möglich ist, eine Werkstatt einzurichten.

Hier könnte das kreative Kulturhaus einspringen. Es wäre doch Standortmarketing pur, wenn Wettingen auf diese Weise signalisieren würde, dass es bereit ist, ein Atelier einzurichten, wo sich Jung und Alt spontan treffen und gemeinsam oder für sich kreativ sein darf. Ein Ort also der Begegnung. Dies muss kein Gratisangebot sein, es könnte ein Ort sein, wo zum Beispiel auch das Gutscheinsystem genutzt werden kann.

Selbstverständlich ist die Idee nicht ausgereift. Es geht uns darum, dass die Gemeinde das Anliegen prüft, ob in diese Richtung ein Begegnungs- und Werkstattort eingerichtet werden soll.

Eckert Antoinette, Gemeinderätin: Die Abklärungen zu diesem Vorstoss haben etwas Zeit in Anspruch genommen, da das Postulat drei Kommissionen zur Stellungnahme unterbreitet wurde.

Die Jugendkommission hat sich verschiedentlich mit dem Vorstoss befasst und ist zum Schluss gekommen, dass das Postulat von Helen Suter betreffend kreatives Kulturhaus in Wettingen weiterverfolgt werden sollte. Sie ist allerdings der Ansicht, dass diese Forderung keinesfalls eine Konkurrenz zu bereits bestehenden Angeboten von diversen Jugendvereinen wie Jungwacht und Blauring sowie Pfadi darstellen soll. Für eine intensive Abklärung und Erarbeitung eines Konzepts ist die Bildung einer Arbeitsgruppe und der Beizug eines Experten unabdingbar.

Der Jugendarbeitsausschuss hat sich ebenfalls mit dem Postulat befasst und unterstützt die Idee eines sogenannten Gemeinschaftszentrums.

Die Kulturkommission hat sich auch mit dem Vorstoss befasst und begrüsst das Anliegen der Postulantin grundsätzlich. Um eine abschliessende Stellungnahme abgeben zu können, bedarf es nach Ansicht der Kulturkommission jedoch vorgängig weiterer und umfangreicherer Abklärungen. Die Zusammenarbeit mit Schule, Kindergärten, Musik-

schule, Jugendkommission, Ludothek, Figurentheater, Vertreterinnen und Vertretern der Stadt Baden sowie erfahrenen externen Fachpersonen ist unumgänglich. Die Kulturkommission regt an, eine Arbeitsgruppe für weitere Abklärungen und zur Erarbeitung einer Machbarkeitsstudie einzusetzen.

Aus all diesen vorgelegten Überlegungen ist der Gemeinderat schliesslich zum Schluss gelangt, den Vorstoss abzulehnen. Die genannten Kommissionen haben sich zwar positiv geäussert, dennoch könnte die konkrete Umsetzung nach einer Überweisung des Vorstosses nur mit einem enormen Aufwand an die Hand genommen werden. So wären Arbeitsgruppen mit Abklärungsaufträgen einzusetzen und entsprechende Mittel für Konzeptarbeiten bereitzustellen. Diese Mittel wären im Voranschlag erst noch einzustellen. Aus der Erfahrung ist bekannt, was Konzeptarbeiten kosten.

Der Gemeinderat erachtet ganz grundsätzlich das Weiterverfolgen eines kreativen Kulturhauses als nicht prioritär. Insbesondere zielt das Postulat darauf ab, die gleichen Zeiträume abzudecken, wie sie grundsätzlich mit der "Initiative für ein freiwillig nutzbares und umfassendes Betreuungsangebot für unsere Kinder" nun angeboten werden soll. Die geforderte Angebotspalette des Postulats über Basteln, Musizieren oder Theater wird bereits durch diverse private oder öffentliche Institutionen abgedeckt. Mittel für ein allfälliges kreatives Kulturhaus sind im Finanzplan nicht vorgesehen.

Suter-Schmid Helen, Postulantin: Es freut mich zu hören, dass es dem Gemeinderat ein Anliegen ist, auf diesem Gebiet weiterhin Förderung zu betreiben. Noch eine kleine Anmerkung: Es ist nicht die Meinung, dass auch die musikalische Förderung gemacht wird. Hierfür besteht die Musikschule, die von der Gemeinde gut unterstützt wird. Es geht mir aber darum, dass das Anliegen nicht unter den Tisch gewischt wird. Mit dem Ausbau der betreuten Stunden wird nur den dort betreuten Kindern ein Angebot zur Verfügung gestellt. Nach meiner Idee sollen Kinder, die von Zuhause aus in solche Werkstätten gehen, sich mit Kindern aus anderen Betreuungsformen treffen können. Dies wäre eine weitere Verflechtung. Es würde hierbei auch etwas über die Generationen hinaus entstehen. Mir wäre noch wichtig, wie die Ratskolleginnen und Ratskollegen über die Sache denken. Aus diesem Grund bin ich gespannt, ob es nun noch Wortmeldungen geben wird.

Vogel Yvonne: Das Postulat hat mir schon bei der Einreichung Bauchweh bereitet. Ich bin nicht gegen die Förderung von Kindern. Ich bin auch nicht gegen Angebote für Kinder. Irgendwann gelangt man aber zum Punkt, an dem man sich überlegen muss, wofür die Gemeinde zuständig ist. Muss die Gemeinde wirklich alles abdecken? Vorerst sind die Eltern in der Pflicht. Es lässt sich immer irgendwo eine Ecke finden, in der man basteln kann. Es muss lediglich der Wille vorhanden sein. Es kann nicht alles ausgelagert werden. Es kann nicht für alles ein entsprechendes Angebot geschaffen werden. Heute gibt es bereits viele bestehende Angebote, denken wir an Jugendgruppen, Kurse usw. Damit ist es für mich keine Gemeindeaufgabe. Ich werde den Vorstoss ablehnen.

Scherer Kleiner Leo: Wettingen ist ein Teil der so genannten Mittelland-Bandstadt. Wir sind kein kleines Dorf, auch wenn in einer Abstimmung zwei Drittel einmal gefunden haben, wir seien ein kleines Dorf. Für mich gehören Dinge wie sie in diesem Vorstoss gefordert werden, dazu, wenn man etwas wie städtische Qualitäten entwickeln will. Nach den vorher geführten Diskussionen zum Kreditbegehren betreffend Überarbeitung des Projekts tägi habe ich die Befürchtung, dass kein finanzieller Spielraum mehr vorhanden sein wird, um solche Strukturen entwickeln zu können. Wir müssen uns im Klaren darüber sein, dass die Gemeinde über 20'000 Einwohnerinnen und Einwohner aufweist. Sie befindet sich zudem in einer Region mit 150'000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Wird die Region noch etwas weiter gefasst, so sind wir in der sogenannten Mittelland-Bandstadt. Wir sollten uns langsam aber sicher dessen gewahr

werden. Wir sollten uns bewusst werden, dass es tatsächlich Aufgaben der öffentlichen Hand sind, solche Strukturen anzubieten, die einer Stadt würdig sind. Dies kann in kleinen Schritten passieren. Es könnten einzelne Pilotversuche gestartet werden. Damit könnte in Erfahrung gebracht werden, ob ein entsprechendes Bedürfnis vorhanden ist.

Reinert Marie-Louise: "Wir haben auch gebastelt", Ende Zitat. Ich glaube, wir sollten unsere Aufgaben nicht auf diesem Niveau angehen. Ich schlage auch in die Bresche der Postulantin. Mir ist konkret jene Umfrage eingefallen, in denen die neuen Beauftragten für die Jugendarbeit in Erfahrung bringen wollten, was die jungen Leute in Wettingen unternehmen. Als Hauptakzent oder Inhalt der Umfrage ist dabei das Wort "chillen" herausgekommen. Mindestens so ist es mir als Querleserin der Zeitung in Erinnerung geblieben.

An der Landstrasse beklagen sich die Unternehmer, dass es Ansammlungen von Personen gebe, in denen gechillt werde. Bestimmte Betätigungsmöglichkeiten wären sinnvoll. Man kann nicht alle Jugendlichen in den Wald schicken. Das würde diesem auch nicht behagen. Man muss die Sache etwas staatsmännisch betrachten. In diesem Sinne möchte ich das Anliegen unterstützen.

Läng Hanna: Ich unterstütze das Anliegen von Helen Suter sehr. Vielleicht ist das Wort Kulturhaus etwas hochgegriffen. Aber ich betrachte es als Aufgabe der Gemeinde, Räume zu schaffen. Ich bin zwar nicht der Meinung, dass ein Haus geschaffen wird, in dem Makramee- oder Töpferkurse angeboten werden. Es braucht in unserer Gesellschaft jedoch Räume, in denen etwas ausprobiert werden kann. Es muss nicht zielgerichtet etwas geschaffen werden. Es kann auch mal etwas Zweckfreies geschaffen werden. Es soll etwas mit den Händen erarbeitet werden, ohne schon von Anfang an zu wissen, was daraus entsteht. Unsere Kinder, unsere Jugendlichen und auch wir selber sind in Arbeitsprozessen integriert, müssen zielgerichtet sein, haben keine Zeit mehr, Ideen zu entwickeln. Wenn wir eine Gesellschaft sein wollen, die Ideen haben will, die Raum schafft für Neues, dann ist es ganz wichtig, dass unten angefangen wird. Wir brauchen dringend Denkräume, Ausprobierräume. Es muss etwas im Kleinen beginnen können. Wettingen muss sich das leisten können. Im Raum steht noch die Idee mit den Gutscheinen. Auch bei diesem Thema könnte man an die Idee der Postulantin denken. Ich gebe zu bedenken, dass es sehr viele Kinder gibt, die nicht über einfachstes Bastelzeug verfügen. Es gibt viele Kinder, die gar keine Gestaltungsräume besitzen.

Schmidmeister Lea: Ich möchte zum Gesagten noch nachdoppeln. Es ist ein Rahmen für Integration, für Generationenprojekte, für die Gemeinschaft zu leben. Es ist eine Möglichkeit mehr, Infrastruktur bereitzustellen. Stellt man eine Nähmaschine zur Verfügung, so wird genäht. Zuhause hat es in den wenigsten Fällen eine Nähmaschine. So hätten pensionierte Frauen und Männer, die das Nähen beherrschen, die Möglichkeit, diese Fertigkeit den Kindern vermitteln.

Meier Thomas: Die Voten der letzten zehn Minuten waren nicht alle auf dem allerhöchsten Level. Ich will gerne die Emotionen etwas wegnehmen und wieder etwas Nüchternheit in die Diskussion bringen. Es sind viele wichtige Fragen angesprochen worden. Wir müssen aber ehrlicherweise zur Kenntnis nehmen, dass dieses Postulat, ganz höflich ausgedrückt, ganz schlecht formuliert ist. Es ist in diesem Postulat nicht einmal ein Antrag formuliert. Dies ist zwar eine Formalie.

Ein Antrag in einem solchen Postulat muss konkret fassbar sein. Zu schreiben „wir stellen uns vor“, ist noch kein Antrag. Damit ist die Basis der heutigen Diskussion schon nicht ganz korrekt.

Es bleibt festzustellen, dass wir nicht das erste Mal über dieses Thema diskutieren. In der Jugendkommission wurde schon vor 15 Jahren und in den Folgejahren wieder über das Thema gesprochen. Es gibt Jugendliche, die nicht einer organisierten Jugendarbeit angeschlossen sind, die aber beispielsweise in einer Band mitspielen. Solchen Jugendlichen, die sich nach einem Bandübungsraum umsehen, sollte von der Gemeinde aus geholfen werden können.

Vor einiger Zeit haben wir uns mit einem Postulat betreffend Nutzung von Turnhallen zu Randzeiten und an Wochenenden befasst. Da ging es um das zur Verfügung stellen solcher Hallen, die auf Initiative von Jugendlichen und Eltern genutzt werden wollen. Es war die Rede von einem niederschweligen Angebot. Auch in diesem Fall wurde danach gefragt, ob es ein Inventar über solche freistehende Räume gibt, die einfach und unbürokratisch initiativen Jugendgruppen zur Verfügung gestellt werden könnten.

Im vorliegenden Postulat wird mit konkreten Zeitfenstern gearbeitet. Ein extra zur Verfügung gestelltes Haus ist gemäss diesen Zeitvorgaben nur während etwa 10 % der Gesamtzeit ausgelastet. Ich frage mich, ob tatsächlich extra dafür ein bestimmter Raum zur Verfügung gestellt werden muss. Selbst wenn das Postulat nur als Denkanstoss verstanden werden soll, ist es für mich zu wenig ausgereift. Für mich bleiben weitere Fragen offen: Muss der Raum aktiv angeboten werden? Gibt es eine Leitung für diese Räume? Wie sind die Leute angestellt? Wie werden die Räume verwaltet?

Die Grundidee des Vorstosses ist anerkennenswert. Dennoch kann er auch auf bürgerliche Seite ohne schlechtes Gewissen gut abgelehnt werden. Es gab schon bessere Vorschläge, die zwar auch keine Mehrheit gefunden haben.

Suter-Schmid Helen, Postulatin: Ich gebe Dir Recht Thomas, das Postulat ist nicht ausgereift. Es ging jedoch an drei Kommissionen und diese haben das Anliegen verstanden und unterstützen es im Grundsatz, so schlecht kann es also nicht sein. Ich hatte bei anderen Vorstössen schon mehr Zeit investiert, sie wurden jedoch trotzdem von Tisch gewischt. Du wirfst Deinen Vorrednern Emotionalität vor, bleibst selber aber nicht sachlich. Nun denn- Ich habe die Meinungen der Fraktionen gehört und würde auf eine Abstimmung verzichten. Ich gebe den Ball zurück an den Gemeinderat mit der Erwartung, dass er am Thema dran bleibt und mögliches umsetzt.

Abstimmung

Das Postulat wird mit 32 : 13 Stimmen, bei zwei Enthaltungen, abgelehnt.

9. Interpellation Wetzel Joseph vom 28. Juni 2012 betreffend Überwachung der Überstunden- und Feriensaldi in der Verwaltung; Beantwortung

Dr. Markus Dieth, Gemeindeammann:

Hier haben wir einen Fall, in dem es einfacher gewesen wäre, die Antworten schriftlich zuzustellen.

Frage 1: Gibt es Richtlinien darüber, wie viele Überstunden geleistet werden dürfen und wie geleistete Überstunden kompensiert oder ausbezahlt werden? Gibt es Unterschiede für leitende Angestellte und die anderen Mitarbeitenden?

Antwort des Gemeinderates: Wenn von Überstunden gesprochen wird, so versteht man in den folgenden Ausführungen Gleitzeitstunden. Die Fälle angeordneter Überstunden sind höchst selten.

Für die Kompensation von Gleitzeitguthaben gilt die Regelung nach § 13 Arbeitszeitreglement:

- 1 Ein Gleitzeitguthaben wird nach vorheriger Absprache mit der vorgesetzten Stelle kompensiert.
- 2 Das Gleitzeitguthaben dient nicht dazu, zusätzliche Ferienwochen anzuhäufen. Es besteht daher auch kein Anspruch auf Bezug von zusammenhängenden Kompensationstagen. Die positiven Zeitüberhänge sind in Absprache mit der vorgesetzten Person im Laufe des ganzen Jahres kontinuierlich zu kompensieren.

Eine konkrete Regelung zu einem Höchstmass möglicher Überstunden gibt es nicht.

Ein positiver und negativer Gleitzeitsaldo von höchstens 50 Stunden darf auf das neue Kalenderjahr übertragen werden. Das 50 Stunden übersteigende Gleitzeitguthaben verfällt am Ende des Kalenderjahres ohne Vergütung. Die 50 Stunden übersteigende Gleitzeitschuld führt zu einer entsprechenden Gehaltsreduktion. Bei Teilzeitbeschäftigten bemisst sich der positive oder negative Übertrag des Gleitzeitsaldos im Verhältnis zum Beschäftigungsgrad (§ 12 Abs. 2 Arbeitszeitreglement).

Praxisgemäss erfolgt keine Auszahlung von Gleitzeitsaldi. Ausnahmen bleiben vorbehalten und müssen dem Gemeinderat separat beantragt werden. In der jüngsten Vergangenheit sind unter anderem immer wieder in der Bau- und Planungsabteilung Mehrstunden ausbezahlt worden. Im Voranschlag 2013 ist für eine Strukturanalyse in der Bau- und Planungsabteilung ein Betrag eingestellt.

Leitende Angestellte der Besoldungsstufen 8 bis 10 können nie Ansprüche auf Auszahlung geltend machen (Art. 26 Abs. 3 Personalreglement).

Frage 2: Gibt es Regeln über den Bezug von Ferien? Enthalten diese Regeln auch klare Vorgaben dazu, wie viel von einem Ferienguthaben in das folgende Jahr übernommen werden darf? Gibt es Unterschiede für leitende Angestellte und die anderen Mitarbeitenden?

Antwort des Gemeinderates: Für die Ferienregelungen kann auf Art. 32 Personalreglement verwiesen werden. Die Ferien sind im Einverständnis mit dem Vorgesetzten zu beziehen. Eine rechtlich durchsetzbare Vorschrift betreffend Ferienübertrag und allfälligem Verfall von Ferienguthaben gibt es nicht. Solche Vorschriften sind nicht

durchsetzbar. Aus diesem Grund ist Art. 32 Abs. 5 mit Beschluss des Einwohnerrates vom 4. September 2008 aufgehoben worden. Zwischen leitenden Angestellten und übrigen Mitarbeitenden wird kein Unterschied gemacht.

Frage 3: Gibt es klare Regeln für die Vorgesetzten, das Leisten von Überstunden zu überwachen und einerseits zu begrenzen und andererseits für eine rechtzeitige und korrekte Kompensation zu sorgen? Gilt das Gleiche für den Bezug von Ferien?

Antwort des Gemeinderates: Die Regeln für die Vorgesetzten leiten sich aus den Artikeln über die Zeiterfassung des Arbeitszeitreglements ab. D.h. die Überwachung von Ferien- und Gleitzeitguthaben erfolgt aufgrund der Monatsabrechnung, die dem Vorgesetzten zur Weiterleitung an die Abteilungsleitung abgegeben werden muss (§ 19 Abs. 2 Arbeitszeitreglement).

Frage 4: Wie wird sichergestellt, dass die Vorgesetzten diese Aufgabe mit genügender Konsequenz erfüllen?

Antwort des Gemeinderates: Die Überwachung ist eine permanente Führungsaufgabe. Die Leiterin Personal stellt den Abteilungsleitern periodisch eine Übersicht der aktuellen Gleitzeit- und Ferienguthaben zu.

Über die Trimesterberichte haben die Abteilungsleiter gegenüber dem Gemeindeamman ebenfalls zu diesem Aspekt der Personalführung Auskunft zu geben.

Frage 5: Was ist vorgesehen für den Fall, dass eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter trotz allen Vorkehrungen einen zu grossen Ferien- oder Überstundensaldo angesammelt hat?

Antwort des Gemeinderates: Es kann auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen werden.

Frage 6: Ist die Leiterin Personal mit den nötigen Kontrollinstrumenten und Kompetenzen ausgestattet, damit sie ihrerseits diese Problematik im Auge behalten kann? Kann sie rechtzeitig und wirkungsvoll bei zu grossen Ferien- oder Überstundensaldi reagieren?

Antwort des Gemeinderates: Die Kontrolle der Gleitzeit- und Ferienguthaben ist grundsätzlich eine Führungsaufgabe der Vorgesetzten. Die Leiterin Personal nimmt lediglich eine beratende/unterstützende Funktion wahr. Dies zum Beispiel indem sie an der Abteilungsleiterkonferenz über den aktuellen Stand informiert, auf Problemfälle hinweist und die Beschaffung geeigneter Instrumente initiiert.

Frage 7: Wie gross war per 31. Dezember 2011 der Stand der Ferien- und Überstundensaldi, aufgeteilt auf die verschiedenen Verwaltungsabteilungen?

Antwort des Gemeinderates: In der Rechnung 2011 wurden folgende Abgrenzungen für kritische Gleitzeitguthaben (über 50 Std., nicht kompensierbar) und Ferienansprüche (über 15 Tage) vorgenommen: Gleitzeitguthaben 71 Std., Ferienguthaben 1'353.24 Std., Totalbetrag Fr. 91'709.30.

Wetzel Joseph, Interpellant:

Ich bin froh, dass das Postulat betreffend Vorinformation bei der Behandlung von Vorstössen heute überwiesen worden ist. Es hätte mir auch die Möglichkeit gegeben, einfacher zu den Antworten Stellung zu nehmen.

Ich habe die Reglemente studiert, da ich davon ausgegangen bin, dass die Antworten sich sehr stark an die Reglemente anlehnen werden. Ich danke dem Gemeinderat und den involvierten Stellen für die Beantwortung meiner Fragen. Ich habe den Eindruck, dass auf meine Fragen seriös und informativ geantwortet worden ist. Ich werde die Antworten gerne noch im Wortlaut studieren, wenn sie im Protokoll nachzulesen sind. Allenfalls lassen sich dann zusammen mit meiner Fraktion noch weitere Schlussfolgerungen ziehen.

Generell halte ich noch fest, dass es langfristig keine Lösung ist, Überstunden-Guthaben und Ferien-Guthaben lange aufzuschieben. Wenn solche Zustände länger andauern sollten, kann dies auf eine schlechte Arbeitsorganisation hinweisen. Aufgrund meiner Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit der Gemeindeverwaltung kann ich aber festhalten, dass dies sicher nicht der Grund sein wird. Es kann aber auch ein Zeichen sein, dass zu wenig Leute zu viel Arbeit leisten müssen. Die Bau- und Planungsabteilung wurde als Beispiel erwähnt. Bei ihr ist immer eine grosse Arbeitslast abzuwickeln. So gesehen erwarte ich vom Gemeinderat, dass er weiterhin als oberster Arbeitgeber die Problematik im Auge behalten wird. Er hat dafür zu sorgen, dass Überstunden respektive Gleitzeitsaldi wirklich nur in einem vertretbaren Mass anfallen. In diesem Sinne bedanke ich mich für die Beantwortung meiner Interpellation.

Schluss der Sitzung: 21.20 Uhr

Wettingen, 24. Januar 2013

Für das Protokoll:

Namens des Einwohnerrates

Einwohnerratspräsident

Marco Kaufmann

Protokollführer

Urs Blickenstorfer